

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 fl.
monatlich 3 fl. In den Ausgabenstellen monatlich 2,75 fl.
Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 fl. monatlich 3,11 fl. Unter Streifband in Polen
monatlich 5 fl. Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsmietelegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 20 Groschen, die 90 mm
Deutschland 20 fl., 100 Goldfl., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plat-
vorricht und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen am bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Stettin 1847. Boien 202157

Nr. 33.

Bromberg, Dienstag den 10. Februar 1925.

49. Jahrg.

Die Gerichtssprache

in Polen und Pommern?

Wir haben dieser Tage berichtet, daß der Ministerrat einen Gesetzentwurf über die Amtssprache bei den Gerichten und den Notariaten in den Wojewodschaften Posen und Pommern genehmigt hat. Zweck und Ziel des neuen Gesetzes war nicht angegeben; jetzt weiß der „Dziennik Pozn.“ über den Inhalt des Gesetzentwurfs in einer Warschauer Meldung das Folgende zu berichten:

Nach dem vom Ministerrat genehmigten Gesetzentwurf über die Amtssprache in den Wojewodschaften Posen und Pommern soll infolge der Änderung der sprachlichen Verhältnisse in diesen Gebieten das Gesetz vom 24. März 1923, das am 1. April d. J. abläuft, abgeändert werden. Nach dem neuen Beschluss soll das Gesetz das Recht der Minderheit beschränken und dem Missbrauch der Befugnisse ein Ende machen, die den polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität und fremden Staatsangehörigen, namentlich Reichsdeutschen, auftreten, die bei Gericht die Möglichkeit haben, sich der deutschen Sprache zu bedienen. Für diese ehemals preußischen Gebiete ist die Befugnis zur Anwendung der deutschen Sprache nur bei der Anmeldung von Revisionen belassen worden mit der Verpflichtung, daß dem deutschen Text eine polnische Übersetzung beifügen ist, um es den Personen, die die deutsche Sprache nicht verstehen, zu ermöglichen, sich mit der Revisionschrift bekannt zu machen.

Zu dieser Auffassung erregenden Mitteilung des „Dziennik Poznański“, die in beliebter Weise das Recht zu Unrecht stempelt, haben wir folgendes zu bemerken:

1. Es vergeht wohl kaum eine außenpolitische Kundgebung unserer Regierung, in der nicht von der Heiligstellung der internationalen Verträge gesprochen wird. Zu diesen internationalen Verträgen gehört auch der Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen vom 26. Juni 1919, der sogenannte Minoritätsvertrag, der im Art. 7 folgendes bestimmt:

„Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion. ... Es darf keine Bestimmung erlassen werden, die die polnischen Staatsangehörigen im freien Gebrauch irgend einer Sprache beschränkt, weder in ihren privaten oder Handelsbeziehungen, noch in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder der Veröffentlichungen aller Art, noch in öffentlichen Versammlungen. Unbeschadet der Festsetzung einer öffentlichen Sprache durch die polnische Regierung, sollen den polnischen Staatsangehörigen mit einer anderen Sprache als der polnischen vernünftige Erleichterungen für den mündlichen oder schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor den Gerichten gewährt werden.“

Dieser unzweideutigen Bestimmung entspricht das „Gesetz vom 24. März 1923 betreffend die gegenwärtigen Vorschriften über die Amtssprache bei Gericht und im Notariat in den Wojewodschaften Posen und Pommern“. (D. Ust. Nr. 38, Pos. 250/M 1923). Dieses Gesetz enthält das Mindestmaß der oben erwähnten „vernünftigen Erleichterungen“, und selbst Herr Kierski, der Sachverständige der chauvinistischen Rechtspartei für die Bestimmungen des Minderheitenschutzes, hat wiederholt anerkannt, daß die polnische Regierung rechtlich genötigt sei, diese Vorschriften einzuhalten. Bekanntlich wurde schon durch dieses Gesetz das Auftreten des Deutschen vor Gericht außerordentlich erschwert. Viele deutsche Anwälte, denen es unmöglich war, die polnische Sprache in kurzer Frist zu erlernen, haben ihren Beruf nicht mehr ausüben können. Im Strafprozeß wirkt es besonders nachteilig, daß der die polnische Sprache nicht beherrschende Angeklagte nicht in der Lage ist, der Verhandlung in allen ihren Teilen zu folgen. Er versteht weder das Plädoyer des Staatsanwalts noch das seines Verteidigers.

Zur Einhaltung des Art. 7 des Minoritätschutzvertrages ist Polen sowohl für die innere Gesetzgebung wie auf dem internationalen Forum verpflichtet. In Art. 1 des selben Vertrages hat sich die polnische Regierung damit einverstanden erklärt,

„daß die in Art. 2–8 enthaltenen Bestimmungen als fundamentaler Gebräuche anerkannt werden, daß kein Gesetz, keine Verordnung und öffentliche Handlung im Gegenfaß oder im Widerspruch zu diesen Bestimmungen stehen, und daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine öffentliche Handlung ihnen zuwiderlaufen darf.“

Im Art. 12 des Minoritätschutzvertrages ist ferner folgendes Garantieverträge enthalten:

„Polen ist damit einverstanden, daß in dem Umfange, in dem die Bestimmungen der vorstehenden Artikel Personen betreffen, die Minderheiten der Rasse, der Religion oder der Sprache angehören, diese Bestimmungen Verpflichtungen von internationalem Interesse bilden und daß sie unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden.“

Sollte der neue Gesetzentwurf eine solche Tendenz erhalten, wie sie ihm vom „Dziennik Poznański“ unterlegt wird, wonach man die „vernünftigen Erleichterungen“ als einen „Missbrauch der Befugnisse“ ansehen will, so wird sich niemand darüber wundern dürfen, wenn die deutsche Minderheit in Polen neuerdings von ihrem ihr von der polnischen Regierung selbst zugestandenen Recht Gebrauch macht und den Völkerbund als den hohen Garanten ihrer Rechte und seine Vermittlung erachtet. Wir möchten jedoch vorerst schon deshalb nicht annehmen, daß dieser vom Organ des Westmarkenvereins begrüßte Entwurf Gesetz wird, weil die polnische Regierung selbst das größte Interesse daran hat, daß die internationalen Verträge, die nur in ihrer Gesamtheit Wert und Gültigkeit besitzen, von irgendeiner Seite verletzt werden.

Der Minderheitenschutzvertrag ist nach Art. 93, Abs. 1 des Friedensvertrages von Versailles ein wesentlicher Bestandteil dieses Vertrages geworden. Die Schlußbestimmungen sollten gemäßermachen einen Erfolg dafür bieten, daß das ehemals preußische Teilgebiet einschließlich der vielen Kreise, die eine überwiegend deutsche Bevölkerung hatten, ohne Volksabstimmung dem Staatsgebiet der Polnischen Republik zugesetzt wurde. Art. 93, Abs. 1, für dessen Einhaltung neben den alliierten und assoziierten Mächten mithin auch das Deutsche Reich ein Interesse und anerkanntes Recht besitzt, hat folgenden Wortlaut:

„Polen ist damit einverstanden, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte in einem mit Ihnen zu schließenden Vertrag die Bestimmungen aufnehmen, die Sie zum Schutz der Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten in Polen für notwendig erachten, und genehmigt damit diese Bestimmungen.“

Nach dem Gutachten des Internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag genießen auch die deutschen Reichsangehörigen in Polen den Schutz des Minoritätsvertrages; somit können sie nach dem Urteil des höchsten Gerichts der Welt gleichfalls gegen ein Gesetz Einspruch erheben, daß ihre sprachlichen Rechte vor den polnischen Gerichten beschränkt. In seinem Sab der Verträge ist davon die Rede, daß die „vernünftigen Erleichterungen“ nur für die Revisionsinstanz gegeben sein sollen. Selbstverständlich besteht für den freien Gebrauch der deutschen Sprache vor den unteren Instanzen ein doppeltes Interesse, da diese häufiger in Anspruch genommen werden, und bei ihnen ein Anmaßungsangst nicht gegeben ist.

Was eine Beschränkung des Sprachenrechtes vor den Gerichten für die reichsdeutschen Bewohner dieses Staates auslöst, so erscheint uns gerade dieser Augenblick für die Bekanntgabe eines derartigen Gesetzentwurfs besonders ungünstig gewählt zu sein. Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen haben noch nicht begonnen, und es ist unklug, auf diese Weise Kompensationsobjekte gegen die wirtschaftlichen Trümpele zu schaffen, die unser Vertragsgegner in der Hand hat. Man sollte im Gegenteil schon heute die bereits aktuell gewordene Bquisitions- und Optantenfrage als Austauschmittel für die oberschlesische Kohle bezeichnen.

Wir sind immer dafür eingetreten, daß jeder Deutsche in Polen die polnische Sprache erlernen und beherrschen soll. Diese Zweitsprachigkeit unseres Deutschtums läßt sich jedoch nicht über Nacht erreichen. Die vielfachmächtige preußische Regierung hat in ihrer Gesetzgebung zwei bis drei Generationen gewartet, bis sie die deutsche Sprache als einzige Amtssprache einführt. Selbst wenn man uns heute als intelligenter einschätzen sollte, als die Polen vor einem Jahrhundert, so müssen wir doch zum mindesten die Spanne von einer Generation und nicht nur von einem Jahrhundert für die Bevölkerung der Staatssprache verlangen.

Es wäre außerordentlich zu empfehlen, daß die polnische Regierung für die ersten Jahre ihrer Herrschaft über das deutsche Element im Staate sich die Praxis der preußischen Regierung nicht nur vor 100, sondern sogar vor 50 Jahren zum Vorbild nimmt. Wir werden über diese „vernünftigen Erleichterungen“, die damals gewährt wurden, und die weit über das schon jetzt bestehende Gerichtssprachengesetz hinausgehen, der Öffentlichkeit noch näheres Material unterbreiten.

Der Danziger Postkonflikt.

Im Hauptausschuß des Danziger Volkstages teilte Senatspräsident Sami die Entscheidung des Hohen Kommissars in der Postfrage mit und fügte hinzu, daß die Begründung der Entscheidung sofort nach ihrer Überreichung veröffentlicht werden würde.

Die Bedeutung der Entscheidung liegt, so führt der Senatspräsident weiter aus, darin, daß nunmehr die Rechtsfrage in erster Instanz entschieden ist. Falls die polnische Regierung, wie nach Zeitungsnachrichten anzunehmen ist, gegen die Entscheidung Berufung einlegt, so wird der Rat des Völkerbundes in zweiter Instanz auf seiner Märztagung zu entscheiden haben.

Bei dem Rat des Völkerbundes schwiegt aber, wie ich in der letzten Sitzung des Hauptausschusses berichtet habe, noch eine zweite Angelegenheit, nämlich der von dem Hohen Kommissar des Völkerbundes an den Rat des Völkerbundes erstattete Bericht über die sogenannte „action directe“. Schon heraus ergibt sich die an sich selbstverständliche Tatsache, welche ich aber heute hier noch besonders unterstreichen möchte, daß durch die Bekanntgabe der letzten Entscheidung des Hohen Kommissars in der Stellungnahme der Danziger Regierung keinerlei Veränderung eintreten wird. Diese Stellungnahme, welche bisher von dem Hauptausschuß einstimmig gebilligt ist, äußert sich darin, daß der Senat nach wie vor an diesem Entschluß festhält, keine Maßnahmen der Selbsthilfe gegen den unrechtmäßigen polnischen Postdienst zu ergreifen. Denn es ist nach Auffassung der Danziger Regierung und, wie ich wohl sagen darf, auch des Danziger Volkstages, mit dem Rechtsfrieden und den geordneten Beziehungen zwischen den beiden Staaten Polen und Danzig unvereinbar, daß die Staaten vermeintliche Ansprüche und Wünsche gegeneinander auf einem anderen Wege als durch das schiedsrichterliche Verfahren des Völkerbundes durchzusetzen wünschen.“

*

Warschau, 7. Februar. Der polnische Generalkommissar in Danzig ist bekanntlich gestern vormittag in Warschau eingetroffen. Er meldete sich nach seiner Ankunft sogleich beim Außenminister Skrzynski an, der mit ihm eine Konferenz von längerer Dauer abhielt. Später hielt Generalkommissar Straßburger mit verschiedenen Deputenmeissdirektoren des Außenministeriums Beratungen ab.

Der Zloty (Gulden) am 9. Februar

(Worbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar	= 5,20/,- Gulden
	100 Zloty	= 101,20 Gulden
Wahlbau:	1 Dollar	= 5,20 Zloty
	1 Danz. Gulden	= 0,99 Zloty
Bank Polski	zahlt heute für 1 Dollar	5,16—5,18/,-
	1 Reichsmark	= 1,23/,- 1,24/,- Zloty

wobei er u. a. erklärte, daß sich die Entscheidung des Hohen Völkerbundkommissars in Danzig, Mac Donnell, lediglich auf die früheren Feststellungen seines Vorgängers, des Völkerbundkommissars Hacking, stützt. Die Entscheidung vermeide in ihrer Gesamtheit den Versailler Vertrag, die Pariser Konvention, sowie die Warschauer Abmachungen. Angesichts dessen sei die Entscheidung des Hohen Völkerbundkommissars vom rechtlichen Standpunkt aus gesehen, vollkommen unbegründet. Mit der Berufung der polnischen Regierung gegen die Entscheidung Mac Donnells soll sich der Völkerbundrat in seiner Session im kommenden Monat befassen.

Die Kabinettstrüsse in Preußen.

Der Interfraktionssausschuß der Koalitionsparteien des preußischen Landtags, Centrum, Demokraten und Sozialdemokraten, trat am Sonnabend zu einer Sitzung zusammen, um die durch den Rücktritt des Ministers Braun geschaffene Lücke zu besprechen. Der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Horion, scheint als Ministerkandidat nicht mehr in Frage zu kommen. Dagegen verhandelt das Centrum zurzeit mit dem früheren Reichskanzler Marx über die Frage, ob er bereit sei, die Kabinettbildung im Preußen zu übernehmen. Eine Entscheidung des Reichskanzlers Marx liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

In der letzten Fraktionssitzung der Deutschnationalen wurde bei Besprechung der politischen Lage zum Ausdruck gebracht, daß man besonders draußen im Lande im allgemeinen der Ansicht sei, daß nur Neuwahlen eine Lösung der Schwierigkeiten bei der Kabinettbildung bringen könnten. Die endgültige Bestellung des Fraktionsvorstandes soll erst erfolgen, wenn die Kabinettbildung durchgeführt ist.

Die Autonomie der Ostland-Deutschen endgültig angenommen.

Das Gesetz über die kulturelle Autonomie der Deutschen und anderen Minderheiten wurde vom ethnischen Parlament in dritter Lesung angenommen.

Damit ist der Kampf der Deutschen Ostlands um die Selbständigkeit ihres Kultur- und Geisteslebens endlich zum erforderlichen Abschluß gelangt. Die Autonomie gibt ihnen das Recht, die für alle Bürgerschaften verbindlichen Verordnungen über eine Selbststeuerung zu erlassen, durch welche das deutsche Schul- und Bildungswesen, das bisher aus den Erträgen von Sammlungen und Spenden existieren mußte, auf eine sichere Grundlage gestellt werden kann. Die wichtige Frage der Wohlfahrtsinrichtungen der Minderheiten bleibt einem Spezialgesetz vorbehalten.

Wann wird Polen seinen Minderheiten jene Kulturstautonomie gewähren, die es ihnen in seiner Verfassung versprochen hat? Wann werden englisch Staatsmeisterschaft und Gerechtigkeit als Ausdruck des Volkswillens die polnischen Grenzmarken verteidigen? Sicherlich gefiehlt dies solange nicht, als man auf den Straßen unserer Städte noch für einen Verein Spenden erbittet, der durch seine ebenso törichte wie unfruchtbare Hofpolitik die Sicherheit der Republik außerste gefährdet.

Amerika und die Abrüstungskonferenz.

Washington, 9. Februar. PAT. „United Press“ meldet, daß die von den Vereinigten Staaten geplante Einberufung einer Abrüstungskonferenz wahrscheinlich bis zum nächsten Jahre vertagt werden wird. Dem Präsidenten Coolidge nahestehende Kreise stellen fest, daß nach Ansicht des Präsidenten sich dauernde Ergebnisse einer solchen Konferenz nur dann erreichen ließen, wenn an ihr auch Deutschland und Russland teilnehmen würden. Der Teilnahme Russlands an der Konferenz müßte jedoch die Anerkennung Sonderlands durch die Vereinigten Staaten vorangehen. Die Vorbereitungen hierfür würden mindestens sechs Monate lang dauern, da die öffentliche Meinung Amerikas zuvor hierfür vorbereitet werden müßte. Senator Borah beantragt, nach Beendigung der Sessjon des Kongresses eine energische Kampagne für die Anerkennung Russlands einzuleiten.

Der Vatikan und Frankreich.

„Tribuna“ glaubt zu wissen, daß der Vatikan der Errichtung eines Vertreters von Elsass-Lothringen am Vatikan seine Zustimmung verweigern werde. Weiter meldet das Blatt, daß der Nuntius in Paris nicht formell abberufen werde, die Nuntiatur bleibe unbefestigt, da Monsignore Ceretti in diesen Tagen nach Rom zurückkehre, um zum Kardinal erhoben zu werden.

*
Das „Teske Slovo“ erklärt, nachdem Frankreich die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abgebrochen habe, dürfe die Tschechoslowakei nicht zögern, diesem Beispiel zu folgen.

Auch Frankreich soll zahlen!

Eine englische Schuldennote an Frankreich.

Paris, 9. Februar. PAT. Die Note des englischen Schatzkanzlers Churchill, die eine Antwort auf das Schreiben des Ministers Clemenceau vom 10. 1. d. J. darstellt, lautet:

Die englische Regierung teilt die Grundsätze, die in der Note Balfours aufgestellt und durch Lord Curzon am 11. 8. 23 wiederholt wurden, im besonderen aber die Grundsätze, die in den §§ 2, 8 und 11 dieser Note enthalten sind. Was die §§ 6 und 7 der Anlagen über den Vorschlag Bonar Law vom 15. Januar 1923 betrifft, so kommen diese nicht in Betracht, da sie vor der Annahme und der Inkraftsetzung des Dawesplanes revidiert wurden und von der Voransetzung ausgegangen, daß der Gesamtkomplex der deutschen Zahlen eine höhere Ziffer enthalten wird, als die, welche im Dawesplan angenommen wurde, insbesondere in den ersten Jahren seiner Inkraftsetzung. Gerade in diesem Punkte kann die Erklärung Lord Curzons nicht als Grundlage der Politik der englischen Regierung dienen. Der Grundsatz der Note Balfours ist der, daß England von Europa Abzahlungen erhalten muss, die dem Betrage der englischen Schulden entsprechen, die in den Vereinigten Staaten gemacht wurden. Die englische Regierung kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß man diese Zahlungen von der Bedingung abhängig macht, daß der Schuldner normale im Dawesplan vorgesehene Jahresraten erhält, oder daß man den Nominalwert der Schulden berücksichtigt. Die englische Regierung hat schon früher nicht nur ihr Einverständnis mit der Verringerung ihrer Forderungen gegenüber den Bundesgenossen auf den Betrag erklärt, den sie den Vereinigten Staaten schuldet, sondern sie will auch die von Deutschland ihr zuführende Entschädigungssumme auf die Rechnung ihrer Schulden in Amerika übertragen. Auf diese Weise erhält England nicht nur keine Entschädigungen für die erlittenen Schäden, sondern würde auch auf die 800 Millionen Pfund Sterling verzichten, die für Kriegszwecke vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg ausgegeben wurden.

Eingedenk dessen, daß die Kriegsschulden der Bundesgenossen zur Erreichung gemeinsamer Zielle gemacht wurden, ist die englische Regierung bereit, den Vorschlag zur Verringerung der französischen Schulden gegenüber England in Erwägung zu ziehen. Wenn sie jedoch Frankreich diese Erleichterungen gewährt, so sieht die englische Regierung auf dem Standpunkt, daß man den Betrag der Schulden Frankreich feststellt, unter Berücksichtigung seines Nationalvermögens, sowie seiner fiskalischen Fähigkeit, nicht aber den Betrag, den die französische Regierung als Entschädigung erhalten soll. In Anbetracht dessen, ist die Regierung Großbritanniens der Meinung, daß es möglich ist, die französischen Zahlungen aus praktischen Gründen in zwei Arten zu teilen; 1. die ständigen Beiträge, die in Jahresraten unabdingbar davon zahlbar sind, wieviel Frankreich auf Grund des Dawesplanes erhält; 2. jährliche Zahlungen je nach der Höhe der von der französischen Regierung im Sinne des Dawesplanes erhaltenen Summen, wobei sämtliche Forderungen Frankreich gegenüber England von den England aufzuhenden Beträgen in Abzug zu bringen wären. Es wäre natürlich erwünscht, daß diese Abzahlungen zur vollständigen Deckung der englischen Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten ausreichen würden. Alle evtl. Überschüsse würden zur Verringerung der Lasten der alliierten Staaten Verwendung finden. Die englische Regierung hofft die Hoffnung, daß sofern Frankreich diese Grundsätze in Erwögung zieht, eine Verständigung beider Parteien nur eine Frage der Zeit sein wird.

Herrriot sandte unverzüglich nach Erhalt der Note Churchills an diesen ein Telegramm, in dem er seiner Freunde über den freundschaftlichen Ton der englischen Note Ausdruck gibt, die den Gegenstand eines eingehenden Studiums der französischen Regierung bilden werde.

Der russisch-rumänische Gegensatz.

Moskau, 7. Februar. Im Zusammenhang mit der jetzt in der Sowjetpresse und in den Versammlungen der Liga „Hände weg von Bessarabien“ vernehmlichen Schärfen und drohenden Sprache gegen Rumänien wird auf die autonome moldawantische Sowjetrepublik (wie als Vorposten gegen Rumänien an der beharabischen Grenze errichtet worden ist) immer wieder die Aufmerksamkeit gelenkt. Die Neugründung einer Gesellschaft für moldawantische Kultur, die Einführung der moldawantischen Sprache in den Behörden und Gerichten der neuen Sowjetrepublik sind vor allem darauf berechnet, die in Bessarabien unter rumänischer Herrschaft lebenden Moldawen gegen Rumänien aufzutreten. Der Sinn dieser „Trutzrepublik“ wird auch in Bukarest wohlverstanden. Die Sowjetpresse meldet mit Genugtuung, daß dort lebhafte Besorgnis herrsche. Es sei hierbei daran erinnert, daß einer der prominentesten Sowjetpolitiker, der neue Armeekommissar Grunse, ein Moldawane ist.

Die Beschwerden der Deutschen in Ungarn.

In der letzten Sitzung der Nationalversammlung in Budapest hat sich der Vertreter der Deutschen in Ungarn, Abg. Neuhäger, in nachdrücklicher Weise über die von der ungarischen Regierung gegenüber der deutschen Minderheit befolgte Politik beschwert. Besonders scharf kritisierte er das Vorgehen der Regierung in der Schule. Es werde der deutschen Bevölkerung unmöglich gemacht, trotz der ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechte ihre Kinder in der deutschen Muttersprache unterrichten zu lassen. Weiter führte er an, daß in den Gemeinden mit überwiegend deutscher Bevölkerung die Beamten die deutsche Sprache nicht beherrschen. Die untergeordneten Organe hielten sich nicht an die von der Regierung erlassenen Durchführungsbestimmungen.

Darauf antwortet im „Pester Lloyd“ eine offizielle Erklärung, worin gesagt wird, die den Minderheiten in Ungarn eingeräumte Befreiungen gingen weit über den engen Rahmen der Friedensvertragsbestimmungen hinaus. Selbstverständlich konnte aber die Durchführung einer derart trocken und tiefgreifenden Reform nicht über das Ende gebracht werden und nicht ohne Hemmungen erfolgen. Es bestehে noch ein großer Mangel an Lehrern, die in angemessener Weise in deutscher Sprache unterrichten können, doch werde dem Mangel abgeholfen werden. Sodann lebten in vielen Gemeinden neben Deutschen auch Umdersprachige in erheblicher Menge, diese Gemeinden aber seien so klein, daß in ihnen bloß eine einzige Schule mit einem einzigen Lehrer besteht. In gewisser Beziehung wirke auch die Autonomie der Kirche hemmend. Die Regierung biete alles auf, um die kirchlichen Oberbehörden für die Beachtung der sprachlichen Wünsche der Einwohnerschaft zu gewinnen.

Das Hultschiner Ländchen unter der tschechenherrschaft.

Am 4. Februar d. J. sind fünf Jahre verlossen, seitdem das Hultschiner Ländchen im südlichen Teile des Kreises Ratibor in Oberschlesien von der Tschechoslowakei in Besitz

genommen wurde. Die Hultschiner haben vor der Abtrennung die allerdenklichsten Anstrengungen gemacht, um auf Grund des durch den Präsidenten Wilson verkündeten Rechtes der Selbstbestimmung die Gewährung einer Volksabstimmung durchzuführen. Bei der von der Bevölkerung selbst ohne jede amtliche Beeinflussung vorgenommenen Volksabstimmung entschieden sich 93,7 Prozent für das Verbleiben beim Deutschen Reich. Zahlreiche Deputationen erhoben bei den maßgebenden Stellen ständig die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes. Fürst Michnowsky-Kuchlina im Hultschiner Ländchen, früher deutscher Botschafter in London, bat den englischen Minister Balfour telegraphisch um Gewährung eines Plebiszits. Ständig haben die Hultschiner Rechtsverwahrung gegen das begangene Unrecht eingelegt.

In den fünf Jahren seit der Abtrennung haben die Hultschiner einen wahren Leidensweg zurückgelegt. Sämtliche deutschen Schulen, mit zwei Ausnahmen, wurden trotz des Protestes der Eltern und eines zweimaligen Schulstreiks geschlossen. Die zum größten Teile mährisch und deutschsprechende Bevölkerung verlangt auch heute noch aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen die deutsche Schule und Amtssprache. Die Errichtung deutscher Privatschulen ist verboten. Der Unterricht des deutschen Privatunterrichtes werden die größten Schwierigkeiten bereitet. Die Ratiborer reichsdeutschen Zeitungen dürfen nicht gehalten werden. Der politische Ausnahmezustand besteht heute noch. Die Parlamentswahlen sind noch nicht durchgeführt. Die selbstgewählten Gemeindevertretungen wurden rücksichtslos aufgelöst. Die deutsche Amtssprache wurde befehligt, obwohl die Hultschiner die tschechische Sprache nicht verstehen und tschechische Eingaben nicht anfertigen können. 8½ Jahre schalteten und walten unfähige und ortsfremde tschechische Gemeindefürsäcke zum Schaden der Bevölkerung. Am 16. September 1923 errangen die deutschen Parteien bei den Gemeindewahlen einen überwältigenden Sieg.

Bei der Volkszählung im Februar 1921 entschied sich die Mehrzahl der Hultschiner für die deutsche Nationalität. Die tschechische Bezirkshauptmannschaft in Hultschin hat die Hultschiner unter Anwendung von Gewalt gezwungen, die als deutsch angegebene Nationalität in die tschechische umzuändern. Die sudetendeutschen Abgeordneten haben zahlreiche Interpellationen wegen der Gewaltakte im Hultschiner Ländchen im Prager Parlament ohne Erfolg eingebracht. Der Bölkowbund, der bereits mehrmals auf die unerhörte Gewaltpolitik der tschechischen Behörden aufmerksam gemacht worden ist, hat bisher nicht eingegriffen. Die Tschechoslowakei weigert sich, die nach Art. 86 des Friedensvertrages vorgesehenen Minoritätsrechte zum Schutze der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten im Hultschiner Ländchen zu beachten.

Der Reichsverband heimatliebender Hultschiner lebt vor der gesamten Öffentlichkeit des In- und Auslandes die Rechtsverwahrung gegen das an den Hultschinern begangene Unrecht ein und protestiert gegen die brutale und ungerechtfertigte Unterdrückungspolitik der tschechischen Behörden, die das einst so blühende Hultschiner Ländchen in wirtschaftlicher Hinsicht in den fünf Jahren heruntergewirtschaftet haben und die Bevölkerung ständig durch hohe Geld- und Freiheitsstrafen und durch Vorenthalten der staatsbürglichen Rechte mundtot zu machen veruchen. Die Vergemaliung der Hultschiner in kultureller Hinsicht ist eine Kulturschande, gegen die die gestellte Kulturmehr Einspruch erheben muß. Der Reichsverband heimatliebender Hultschiner, Geschäftsstelle Ratibor, bittet um moralische Unterstützung im Kampf gegen die tschechische Unzulässigkeit und in der Erlangung des Selbstbestimmungsrechts für die gegen ihren klar ausgesprochenen Willen abgetrennten Hultschiner.

Der Fall Bauer.

Wie schon mitgeteilt, ist der sozialdemokratische Reichsabgeordnete und Reichskanzler a. D. Bauer von seinen Parteigenossen aufgefordert worden, sein Mandat niederzulegen, bis seine Beziehungen zu der Schieberbergschen Firma Barmat geklärt seien. Bauer hat diesem Beschlus zugestimmt. Es handelt sich dabei um folgenden Sachverhalt: Der Abg. Bauer hat auf eindringliches Befragen vor dem Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages klar erklärt, er habe von seiner Verbindung mit Barmat keine finanzielle Vorteile gehabt. Diese Erklärung erscheint in einem eigenartigen Licht angesichts einer im „Folksanzeiger“ erfolgten Veröffentlichung eines Briefes, der von dem Barmatschen Amerima-Konzern an den Reichskanzler a. D. Bauer gesandt worden ist, und der wie folgt lautet:

27. 9. 1928.
Herrn Reichskanzler a. D. Bauer,
Berlin, Kronprinzenstrasse 3.

Ihr an Herrn Direktor Barmat gerichtetes Schreiben vom 26. d. M. ist uns zur Erledigung übergeben worden.

Wir fügen anbei einen Auszug Ihrer Rechnung, aus dem Sie zu erkennen belieben, daß Sie noch

1207,66 Dollar

und 1915,700 Mark

zu bekommen haben, dagegen haben Sie 910 holl. Fl. (gleich 357,35 Doll. zum heutigen Kurse von 254,37) zu viel bekommen, so daß Sie im ganzen

850,81 Dollar

und 1915,700 Mark

zu bekommen haben.

Die Vermutungen, die Sie in Ihrem Briefe vom 12. 9. aussprechen, sind absolut unbegründet. Ebenso unzutreffend sind die Angaben Ihres heutigen Briefes, wie Sie aus dem Auszug ersehen können. Die Viertel Prozent Umsatzprovision ist seit dem 1. April durch hfl. 300 Mark monatlich ersetzt worden, so daß sie nicht mehr in Betracht kommt. Zinsen für die Beschaffung des 6-Milliarden-Kredits haben Sie nicht zu beanspruchen, da Ihnen dafür etwa 2000 Dollar bezahlt wurden. Natürlich war es unzulässig, wie Sie ja selbst wissen, für Sie Devisen zu kaufen, nachdem Sie Ihre Devisen im Juni haben verlaufen lassen.

Wir wollen ganz davon schweigen, welche kolossalnen Verluste Sie Herrn Barmat durch Ihre authentischen Informationen aus höchsten Kreisen zugefügt haben. Wir wollen auch unerwähnt lassen die 1000 holl. Gulden, die Sie für Herrn Barmat außer der Reihe bekommen haben, und die vielen Hunderte Gulden, die Herr Barmat Ihnen seinerzeit in Holland ohne jeden Grund gegeben hat; auch die vielen Hunderttausende Mark, die Ihnen Herr Barmat seinerzeit gegeben hat, wo die Mark noch sehr viel wert war, und die 600 Dema-Aktien, die Ihnen franco überlassen wurden, wollen wir jetzt nicht in Rechnung stellen.

Wir erinnern Sie an all dies nur, damit Sie sehen, was Sie von Herrn Barmat bekommen haben, und was Herr Barmat Ihnen zu verdanken hat.

Nach der Veröffentlichung dieses sensationellen Briefes trat der Barmat-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei zusammen und erzwang danach den Mandatsverzicht des Abg. Bauer, der sich gegen die erhobenen Vorwürfe nicht überzeugend verteidigen konnte. Das war das Ende des „Kanzlers von Versailles“. Das Wort Scheidemanns von der „verdorbenen Hand“ scheint sich zu erfüllen.

Der Nachfolger im Reichstagmandat des sozialdemokratischen Abg. Bauer ist der sozialdemokratische preußische Landtagsabgeordnete Serl, Bezirksparteisekretär im Magdeburger Bezirk. Da Doppelmandate unzulässig sind, legt Serl sein Landtagsmandat nieder.

Der gegenwärtige Stand der Feiertagsfrage.

Gegen die Verordnung vom 15. 11. 24 betreffs Einschränkung der Feiertage haben sich bekanntlich lebhafte Stimmen erhoben, die schließlich zu Anträgen seitens der einzelnen Parteien im Sejm geführt haben. Einem Aufsatz des Abg. Jan Puchala im „Dziennik Bydgoski“ entnehmen wir über den augenblicklichen Stand dieser Frage die folgenden Angaben:

Den ersten Antrag auf Änderung der Verordnung vom 15. 11. 24 stellte der Club der Christlichen Demokratie. Ähnliche Anträge brachten später auch andere Clubs ein (darunter bekanntlich auch die Deutsche Vereinigung im Sejm). Die Antragsteller verlangen zum mindesten die Wiedereinführung derjenigen Feiertage, die für die Bevölkerung zu den höchsten gehören, d. h. der zweiten Feiertage von Oster, Pfingsten und Weihnachten und Mariä Himmelfahrt (2. Februar). Diese Anträge bildeten am 4. d. M. den Gegenstand von Beratungen der Arbeiterschukommision. Den Bericht über die Anträge erstattete der Abg. Rudnicki, Mitglied des Nationalen Volksverbandes, der bekanntlich im vergangenen Jahre für eine Regelung dieser Angelegenheit auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eingetragen war. Der Reiter stellte den Antrag, die zweiten Feiertage von Oster, Pfingsten und Weihnachten wieder herzustellen. Zu diesem Antrage stellte der Abg. Harasz vom Club der Christlichen Demokratie ein Amendement dahin, auch den Feiertag Mariä Himmelfahrt wieder herzustellen. Dieser Antrag erlangte zwar nicht die erforderliche Mehrheit, er wird aber sicherlich in der Plenarsitzung des Sejm wieder gestellt werden.

Im Laufe der Diskussion über die Angelegenheit ergriff auch der Arbeitsminister Sokal das Wort; er erklärte, daß die Verordnung vom 15. 11. 24 nicht den ganzen Komplex dieser Frage regelt. Denn die Verordnung läßt im allgemeinen die Frage des Verhaltens der Bevölkerung anderer Bekanntschaft zu den katholischen Feiertagen außer Betracht, was selbstverständlich gleichfalls geregt werden muß. Außerdem enthält die Verordnung vom 15. 11. 24 keine Strafbestimmungen, so daß niemand bestraft werden könnte, der sich an diese Verordnung nicht hält. Ein Gesetz aber, das keine Strafbestimmungen trifft, hat keine Bedeutung, da man sich danach nicht zu richten braucht. Im übrigen könne die Inkraftsetzung der Verordnung nicht dem Arbeitsminister allein übertragen werden, da sie sich auf die ganze Bevölkerung, auf die Arbeiter, die Beamten, die Bauernschaft usw. beziehe.

So der Stand dieser Angelegenheit. Der Verfasser des Aufsatzes bemerkte dazu:

Das Vernünftigste wäre, die Verordnung vom 15. 11. 24 aufzuheben und die Regelung der Frage dem Parlament zu überlassen. Daß die Frage geregt werden muss, steht fest. Man kann den jetzigen Stand der Dinge um so weniger beibehalten, als jedes Teilgebiet seine eigenen Feiertage hat, was in wirtschaftlicher Beziehung Verwirrung anrichtet. Gegen die Regelung der Frage hat niemand etwas einzubringen. Es handelt sich lediglich um eine solche Regelung, daß die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des Staates in Einklang gebracht werden mit dem religiösen Empfinden des Volkes

Republik Polen.

Wyganowskis Ernennung.

Warschau, 7. Februar. Staatsvorsitzender Włodzimierz Włodzimierski hat, wie bereits angekündigt, den früheren Justizminister Włodzimierz Wyganowski zum Richter beim obersten Verwaltungsgerichtshof ernannt.

Die amerikanische Anleihe.

Warschau, 8. Februar. Nach hier aus New York eingelaufene Meldungen soll die 50 Millionen-Dollar-Anleihe für Polen durch Zuckeraktionen und durch die Eisenbahneinnahmen gedeckt werden. Die Anleihe wird zu 92 Prozent angeboten und mit 9 Prozent verzinst werden. Wie verlautet, sollen auch englische, schweizerische und holländische Firmen ihre Teilnahme an der Deckung dieser Anleihe zugesagt haben.

Eine neue direkte Steuer.

Warschau, 7. Februar. Im Finanzministerium wird an dem Projekt einer neuen Steuer gearbeitet — der Verdienststeuer. Die Verdienststeuer würde der Einkommensteuer sehr ähnlich sein, nur mit dem Unterschied, daß die Verdienststeuer lediglich Firmen und Handelsunternehmen belasten würde. Als Grundlage für die Bemessung der Steuer würde der Reinverdienst der Unternehmen gelten.

Deutsches Reich.

Abberufung des deutschen Generalkonsuls aus Danzig.

Danzig, 9. Februar. PAT. Der hiesige deutsche Generalkonsul, von Dirksen, wurde von seinem Posten abberufen und dem Außenministerium in Berlin zugeteilt. Zu seinem Nachfolger soll der Referent im Außenministerium, von Thermann, ernannt werden.

Erste große Volkszählung in Deutschland nach dem Kriege.

Wie die „Welt-Rundsch.“ von zuständiger Stelle hört, wird im Juni 1925 zum ersten Male wieder eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung stattfinden. Unter den Betrieben sind sowohl gewerbliche als auch landwirtschaftliche zu verstehen. Die Zählung wird nach Einholung der erforderlichen Zustimmungen das gesetzte Gebiet mit umfassen; das Saargebiet muß naturgemäß ausgeschlossen bleiben.

Aus anderen Ländern.

Reise Herriotics nach London?

„Petit Parisien“ berichtet, es sei möglich, daß, wenn die britische Antwort in der Schuldenfrage in Paris eingetroffen und geprüft sei, Ministerpräsident Herrriot und Finanzminister Clementel es für notwendig halten würden, sich nach London zu begeben. Diese Reise werde Herrriot alsdann Gelegenheit geben, mit Baldwin und Chamberlain das Sicherheitsproblem zu besprechen, über das seit einiger Zeit bereits ein Meinungsaustausch mit Paris im Gange sei.

Die Wahlordnung in Rußland.

Wien, 9. Februar. PAT. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Moskau meldet, hat die sowjetische Regierung zu der gegenwärtig verpflichtenden Wahlordnung eine Novelle erlassen, nach welcher die Wahlen für ungültig erklärt werden, wenn sich an ihnen nicht 35 Prozent der Stimmberechtigten beteiligen, oder wenn festgestellt wird, daß bei den Wahlen von Seiten der lokalen Behörden oder Parteiorganisationen Repressionen verübt werden.

Die Genfer Opiumkonferenz gescheitert.

Nach einer Meldung aus Genf hat die amerikanische Delegation erklärt, nicht weiter an den Arbeitern der Opiumkonferenz teilnehmen zu können, da es nicht gelungen ist, eine Einigung zwischen dem amerikanischen und dem englisch-französisch-holländischen Standpunkt in der Frage des Beginns des Rechts der Unterdrückung des Rauchopiums zu erzielen.

Bromberg, Dienstag den 10. Februar 1925.

Pommerellen.**Pommerellische Wirtschaftsfragen.**

Auf Einladung des Wojewoden von Pommerellen versammelten sich kürzlich in Thorn etwa 20 Vertreter der wichtigsten Berufsstände Pommerells zu einer Besprechung pommerellischer Verwaltungsfragen. Der Wojewode besprach zahlreiche Klagen pommerellischer Wirtschaftskreise über die wirtschaftlichen Zustände Pommerells, die sich „aus dem wirtschaftlichen Zusammenleben mit dem Freien Staat Danzig“ ergeben, ferner den Ausbau von Gdingen zur Hafenstadt und die Möglichkeit eines Zusammenwirkens aller pommerellischen Berufsstände. Ein Antrag auf Gründung einer Börse für Landwirtschaftliche Erzeugnisse in Pommern fand normale Unterstützung durch den Präsidenten der pommerellischen Landwirtschaftskammer, der darin eine Förderung des pommerellischen Überseehandels erblickte. Man kam überein, durch die Landwirtschaftskammer und die beiden Industrie- und Handelskammern von Thorn nach Graudenz-Stargard ein Vereinsschreiben für eine Denkschrift veröffentlichten zu lassen, die die Gefahrtheit der Fragen Pommerells und seiner Ostseeküste behandeln und die dafür schwach interessierten Kreise im Landesinneren warnen soll. Der Wojewode stellte hierfür einen Preis von 1000 zł in Aussicht.

Die winterliche Schifffahrt auf der Weichsel.

In diesem milden Winter hat es Zeitabschnitte gegeben, die es den Schleppdampfern und Weichselfähnen ermöglichten, sich aus den schützenden Winterhäfen heraus zu wagen und die durch den Eisgang unterbrochene Talfahrt fortzusetzen. Seit dem Eintritt des leichten Frostwetters ist nun endgültig Ruhe auf dem pommerellischen Stromlauf eingetreten. Die „Racca“ erinnert nun daran, daß die Erfahrungen der Weichselbefahrt eine Erneuerung der Schifffahrt im Winter angesichts der unverlässigen Witterung nicht empfehlen, daß man sich daher nur auf ein vorübergehendes Auslaufen leichter Personendampfer beschränken, dagegen die schwereren Kähne und Schlepper ruhig im sicheren Winterhafen belassen sollte. Außerdem ist die winterliche Flussschifffahrt dadurch gefährlich, daß sich an den seichten Aufläufen Schlamm ansammelt, der die Räder und Schrauben verklebt und die Wände beschwert, so daß die Schiffsmaschinen Gefahr laufen, entzweiz zu gehen. Eine große Gefahr für leichtfertig in Fahrt gesetzte Schiffe ist endlich die Beobachtung, daß oft förmlich in der Nacht aus den Nebenflüssen Eisschollen oder Neues in Bewegung kommt, so daß die überraschten Schiffe und Kähne sich nicht mehr in Sicherheit zu bringen vermögen.

9. Februar.

Graudenz (Grudziądz).

Der Sonnabend-Wochenmarkt hatte unter der Unruhe der Witterung zu leiden. Die Beschilderung war aber trotzdem im allgemeinen gut. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 2-2,20, Eier 1,60-1,80, Glumse 40, Kartoffeln 3,00. Der Fischmarkt zeigte ausreichende Beschilderung. Es kosteten: Neunaugen 4,00, Zander 2,50, Schleie 1,80, Pechte 1,80, Bresen 1,20, Blöde 35-60. Grüne Breitlinge kaufte man mit 25. Der Geflügelmarkt zeigte noch ausreichend Geflügel. Es kosteten: Puten 80 pro Pfund, Gänse 1,10-1,20 pro Pfund, Enten 5-6, Suppenhühner 3-5, das Paar junger Tauben 2. Der Fleischmarkt zeigte eine geringe Preistiegerung. Es wurden gezahlt für Schweinefleisch 90-100, Rindfleisch 70, Hammelfleisch 70, Kalbfleisch 60-70. Marktverlauf schleppend.

Der Sonnabend-Schweinemarkt war wieder recht gut besucht. Die Ferfelzfuhr ist steigend. Der Preis schwankt etwas nach unten. Man zahlt für Abstecher 20-25 zł pro Paar. Räuber und mattsäßige Schweine waren auch stark vertreten. Der Umsatz war jedoch schleppend.

* Schweinediebstahl. Dem Kastellan der Volksschule an der Bracka (Brüderstraße) wurde aus dem Stalle ein 20 Pfund schweres Schwein gestohlen. Die Einbrecher sind dadurch in den Stall gelangt, daß sie die eine Wand durchbrochen haben. Das Schwein schlachteten die Täter auf der Stelle ab und entflohen dann in der Richtung der Rybacka (Fischerstr.).

Vereine, Veranstaltungen ic.

Deutsche Bühne Grudziądz. Der Spielsaal für die kommende Woche ist folgender: Mittwoch, den 11. 2. 1925: „Heimliche Brautfahrt“; Sonntag, den 15. 2. 1925: Zum letzten Male! „Die Frühlingsfee“. Die großen Feste der „Deutschen Bühne Grudziądz“, das Oktoberfest und das Rosenmontag-Fest, haben durch die künstlerische Ausgestaltung und den lebensfrischen, übermütigen Ton, der sie befeiste, eine Bedeutung weit über die Grenzen unserer Stadt gewonnen. Deshalb wird auch dem am Rosenmontag, den 23. Februar 1925, stattfindenden Maskenball der Deutschen Bühne am Rosenmontag jetzt schon großes Interesse entgegengebracht und aus ganz Pommerellen und dem Danziger Gebiet laufen Gesuch um Einladungen ein. Für den Rosenmontag wurde auf vielseitigen Wunsch wiederum ein Maskenball angefeiert, weil unter der Masse der nedende Übermut am besten zur Geltung kommen kann. Es ist jedoch bei diesem Fest der Maskenballung für die Besucher der Emporen fortgeflossen. Ein bestimmtes Kostüm ist nicht vorgeschrieben, damit durch die verschiedenenartigsten Kostüme ein besonders farbenprächtiges Bild geboten wird. Für den Abend selbst sind viele Überraschungen in Aussicht genommen, so daß die Besucher bis zum frühen Morgen in Stimmung bleiben werden. Um eine Überfüllung zu vermeiden, wird nur eine begrenzte Anzahl Eintrittskarten ausgegeben, jedoch nur gegen Vorlegung der Einladung. Gelüche um Einladung sind an den Vorstand, zu Leitern der Deutschen Bühne, Herrn Arnold Kiediele, zu richten.

Thorn (Toruń).

* Stadtverordnetenversammlung. Die diesmalige Sitzung hatte 48 Punkte (1) auf der Tagesordnung. Der Gründungspunkt war der Tätigkeitsbericht über das Vorjahr, aus dem u. a. hervorging, daß im Vorjahr 17 gewöhnliche und drei außergewöhnliche Sitzungen stattfanden. Hierauf würdigte der Vorsitzende die Tätigkeit des jetzigen Stadtpräsidenten, unter dessen Amtszeit bereits 5000 Morgen Stadtwald neu gesetzt wurden. Mit dem Neubau des eigentlichen Wojewodschaftsgebäudes sollte in diesem Frühjahr begonnen werden, wodurch wieder viele Arbeiter Beschäftigung erhalten. Hierauf wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Dr. Dandekski wurde mit 26 Stimmen zum Vorsitzenden wiedergewählt, desgleichen Stadtpräsident. Zur Beteiligung an der Städteausstellung in Warschau wurden 1000 zł bewilligt; als Vertreter nehmen an dieser Ausstellung teil: Stadtpräsident Boldt und Stadtrat Ingenieur Borch. Für die Ausbezung des Ostseerausfahrs bei Pusig

wurden 200 zł bewilligt. Weiter wurde beschlossen, beim Urzab Biemski zu beantragen, der Stadt das Gelände an den Kosakenbergen zu überlassen, wo die Stadt bei Erhalt eines Kredits eine Arbeitersiedlung bauen lassen will, um später den Arbeitern die Einfamilienhäuser gegen langjährige Ratenzahlung abzugeben. Hierauf wurden Steuersachen beraten. Zum Ankauf von 20 Dokumenten, die sich im Besitz eines Sammlers in Berlin befinden, wurden 2865 zł bewilligt und für die Milchkuh der Kinderfürsorge monatlich 100 zł, zum Ankauf eines Pianos für das Stadttheater 1000 zł. Erhöht wurde das Wassergeld auf 60 gr für den Kubikmeter, die Kanalgebühr auf 17 gr. Beschllossen wurde ferner, um den bereits dem Verfall überlassenen Friedhof in Modler einen Zaun zu bauen. Als Anteil an der Reparatur der Johanniskirche trägt die Stadt 1400 zł. Zum Schluss wurden sechs unbefolgte Stadträte gewählt, und zwar: Dr. Woyda, Direktor Bartschi, Professor Balski, Buchdruckereibesitzer Buzyczynski, Piskorski und Katoński. **

Vereine, Veranstaltungen ic.

Copernicus-Verein. Montag, abends 8 Uhr: Monatsstunde, Wahl des Vorstandes, verschiedene Referate. Fr. Wohlgericht. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwünscht. (2079) **

* Tischtennis (Tczew), 7. Februar. Ein schrecklicher Unglücksfall, dem eine Mutter mit 3 Töchtern zum Opfer gefallen ist, hat sich gestern nachmittag hier in der Herrmannstraße (ul. Piaskowa) ereignet. Der in den dortigen Arbeitshäusern wohnende Eisenbahnarbeiter Wienski stand auf seiner Heimkehr von der Arbeit in der höchsten Nebenwerkstatt um 5 Uhr abends seine ganze Familie, außer dem jüngsten, erst 5 Wochen alten Kind, tot vor. Wienski, ein ruhiger, arbeitsamer Mensch im Alter von ungefähr 37 Jahren konnte hierüber folgendes berichten: Als er um die genannte Zeit heimkehrte, trat er durch die wie üblich verschlossene Tür durch die Küche in die Stube. Als er aus der Stube in die danebenliegende Kammer trat und ein Streichholz anzündete, sah er vor seinen Nüssen seine älteste, noch nicht 11jährige Tochter völlig angekleidet, regungslos liegen. Bei näherem Herumleuchten mit der nur angezündeten Lampe fand er dann auch seine Chefrau mit den anderen beiden jüngeren Kindern im Alter von 3-6 Jahren angekleidet und gleichfalls leblos im Bett liegen. Wienski alarmierte nun sofort seine Nachbarn und dann den Hauswirt, die auch einzelne Wiederholungsversuche vornahmen, während er selbst sich als dann um die Herbeiholung eines Arztes bemühte, was ihm erst nach langerem Herumlaufen gelang. Der zuerst eingetroffene Arzt konnte nur noch den Tod bei allen 4 Personen feststellen. Bis zur heutigen Mittagszeit war über die Todesursache nichts Bestimmtes festzustellen. Die in der Stadt verbreitete Gerüchte über eine Vergiftung durch geräucherte Bücklinge oder Spratten müssen zurückgewiesen werden, da Reste von solchen in der Wohnung nicht vorgefunden worden sind. Die Leichen wurden noch gestern durch die Gerichtskommission beschlagnahmt und heute vormittag in die Leichenhalle des Johanneumkrankenhauses geschafft, wo mittags die Sektion stattfindet, durch welche dann wohl auch die Todesursache eindeutig festgestellt werden dürfte. Das jüngste Kind, ebenfalls ein Mädchen im Alter von erst 5 Wochen, ist völlig gesund am Leben geblieben und befindet sich bei Verwandten in Pflege. Tragisch berichtet es, daß die Frau an ihrem gestrigen Todestag ihren 35. Geburtstag begehen durfte, und wie anwohnende Verwandte und Bekannte aufgezeigt, daß sie sich noch um 2 Uhr nachmittags fröhlich und außer Dinge zwischen ihren Kindern bewegt haben, und auch niemand habe zu dieser Zeit etwas bemerkt, daß sich diesem Hause eine solche Katastrophe näherte.

h. Görzno (Kr. Strasburg). 7. Februar. Einem empor in polnischen Verlust erlitten in unserer Nachbargemeinde Brzostowice (Sialki) die Witwe Kwiakowska. Ihr wurde nachts mittels Einbruch sämtliche Bettwäsche, zwei ge-

schlagte Enten und ein mit Speck gefülltes Gefäß entwendet. — In der letzten Zeit war hier der Roggenvreis größer geworden. Vorige Woche stieg der Zentner auf 15 zł, das bedeutet eine Steigerung von 200 Prozent seit der letzten Ernte, fiel jedoch in dieser Woche wieder auf 14 zł zurück.

et. Tuchel (Tuchola), 7. Februar. Mehrere Reviere der Obersförsterei Schwedt bei Tuchel und auch Privatwaldungen, welche an die staatliche Forst Schwedt anschließen, wurden im Vorjahr von der Forstleute stark beschädigt. Später, längere Zeit nach dem Erlöschen der Waldbrüche, wurde festgestellt, daß eine große Zahl der von dem Waldverwüster befallen gewesenen Bäume sich langsam erholt hat. Im Raupenfraßgebiet der Obersförsterei Tuchel (Tuchola) bilden Kreises bleibt nun diejenigen Bestände, die 1924 von der Forstleute befallen worden sind und die bereits zum Kahlfleiß verurteilt waren, auf sehr ergangene behördliche Anordnung vom Sieben verschont. Es besteht die Hoffnung, daß das Frühjahr auch in diesen Schlägen neues Leben werden wird. Die von der Kiefernreife zweimal befallenen Gehölze — 1923 und 1924 — werden aufgearbeitet. Wer auf dem Wege zu dem abgestorbenen Walde das gleichfalls zur Obersförsterei Tuchel gehörige Revier Plaskau durchwandert, wird verwundert auf das frische Grün der Bestände blicken, das in nichts eine Waldkatastrophe ahnen läßt. Noch eine kurze Strophe: wie umgekehrte große Nutzbeben stehen die ehemals so stolzen Waldestränen, im stummen Jammer strecken die Bäume ihre Äste empor. Jetzt Klingt schon schrill das Geräusch der Säge, die Tiere antworten, der Lärm der Kahlfraßarbeit wächst, je mehr man sich der Siebsteile nähert. Die Sägen kreischen, in weitschallendem Takt klingen die Äste, Späne fliegen, Stämme stürzen krachend — des Waldes Todesmusik. . . .

Rundschau des Staatsbürgers.**Die Sternenzählung der Sachsenländer.**

Da polnische Arbeiter, die sich zur Arbeit nach Deutschland begeben, dort Einkommensteuer zahlen müssen und gleichzeitig gezwungen sind, am Orte ihresständigen Aufenthalts in Polen Steuer zu zahlen, teilt das polnische Außenministerium mit, daß sich jede nach Deutschland zur Arbeit begebende Person von der zuständigen Staroste eine Bescheinigung über ihren häufigen Wohnort ausstellen lassen muß. Diese Bescheinigung ist in Deutschland dem polnischen Konsul zur Bestätigung und Überprüfung ins Deutsche vorzulegen und dann im zuständigen deutschen Finanzamt einzureichen. Auf Grund dieser Bescheinigung wird die betreffende Person von der Zahlung der deutschen Steuer befreit.

Die Arbeitslosenzahl in Polen.

hat sich im vergangenen Monat bedeutend vergrößert. Während sie im Monat Dezember v. J. 150.000 betrug, machte sie am 3. Januar 163.080 aus. Sodann stieg sie von Woche zu Woche. Am 10. Januar zählte man 165.160, am 17. Januar 168.880 und am 24. Januar schon 172.420 Arbeitslose.

Die Wünsche der Holzindustrie.

Warszawa, 8. Februar. Ministerpräsident Grabowski empfing gestern Vertreter der Holzindustrie Polens, die mit ihm in Sachen des Kredits, der Steuern, der Eisenbahnpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik konferierten. Die Holzindustrie stellte im Jahre 1923 in der Handelsbilanz einen der wichtigsten Zweige dar, indem sie 10 Prozent der ganzen Bilanz ausmachte. Im vergangenen Jahre ist jedoch in derselben infolge der internationalen ungünstigen Konjunktur sowie infolge der allgemeinen Krise ein vollkommen Stillstand eingetreten. Da sich aber im gegenwärtigen Moment auf dem internationalen Holzmarkt Zeichen der Besserung bemerkbar machen (in Deutschland und England), haben die polnischen

Thorn.**Inventur-Ausverkauf****5-10% Rabatt**

auf sämtliche Schuhwaren.

Reichhaltiges Lager in Wiener u. deutschen Fabrikaten

Jakób Konieczny, Schuhwaren,

Szeroka 15 u. 38. Toruń, Szeroka 15 u. 38.

Für mein Kolonialwarengesch. suche einen

Lehrling

der beiden Landespr. möglich ist.

E. Szmytinski, 2248

Toruń, Różanna 1.

Aufmann sucht

6-8000 Złoty

auf 1/2, J. geg. Sicherh.

u. gute Fäden, Off. unt.

W. 1969 an Ann.-Exp.

Wallis, Toruń, 2129

Telefon 1910. — 2070

Graudenz.**Von der Reise zurück****Dr. J. Król**

Privatklinik für innere und Nervenkrankheiten :: Roentgen-Institut Diathermie :: Höhensonnen etc. :: Chem. mikr. Laboratorium.

Sprechstunden täglich 9-11 u. 4-5.

Bydgoszcz, Plac Wolności 5.

Telefon 1910. — 2070

Plac 23 Stocznia Nr. 23 u. Włobben Jacobson von 2 Złoty an in erstklassiger Ausführung. Auf Teilzahlung.

Landm. Verein Eichenkranz E. B. Sitzung

am Freitag, d. 13. Februar, abends 5 Uhr, Hotel zum Goldenen Löwen, Graudenz.

1. Vortrag: Planmäßige u. zielbewußte Steigerung der Bodenerträge. Ref. Herr Lippe.

2. Vortrag: Landwirtschaft und Bienenzucht.

3. Neuwahl eines Schriftführers.

4. Berichtenes.

Der Vorstand. H. Temme.

Deutsche Bühne Grudziądz E. Mittwoch, den 11. Februar 1925, pünktlich 8 Uhr, im Gemeindehaus:

Heimliche Brautfahrt.

Lustspiel in 3 Akten mit einem Vorspiel von Leo Lenz.

Sonntag, d. 15. 2. 25, zum letzten Male: „Die Frühlingsfee“, Mittwoch, den 18. 2. 25, zum ersten Male: „Die kleine Sünderin“, hierfür reservierte Karten bis 13. 2. 25. Sonntag, 22. 2. 25, wegen der Vorbereitungen zum Maskenball der Deutschen Bühne am Rosenmontag keine Vorstellung.

Kartenverkauf Richter (Wohlmannstr.) 15.

Amerikanischer Weizengrieß

grob, mittel und fein hat billig abzugeben

Leiblith Mühle Toruń,

ul. Kopernika 14. 2254

beide Amtszeit bereits 5000 Morgen Stadtwald neu

gesetzt wurden. Mit dem Neubau des eigentlichen Wojewodschaftsgebäudes sollte in diesem Frühjahr begonnen werden, wodurch wieder viele Arbeiter Beschäftigung erhalten.

Hierauf wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Dr. Dandekski wurde mit 26 Stimmen zum Vorsitzenden wiedergewählt, desgleichen Stadtpräsident.

Zur Beteiligung an der Städteausstellung in Warschau wurden

1000 zł bewilligt; als Vertreter nehmen an dieser Ausstellung teil: Stadtpräsident Boldt und Stadtrat Ingenieur

Borch. Für die Ausbezung des Ostseerausfahrs bei Pusig

wurden 200 zł bewilligt. Weiter wurde beschlossen, beim Urzab Biemski zu beantragen, der Stadt das Gelände an

den Kosakenbergen zu überlassen, wo die Stadt bei Erhalt

eines Kredits eine Arbeitersiedlung bauen lassen will, um

Holzindustriellen beschlossen, die sich bietende Gelegenheit nicht unausgenützt an sich vorübergehen zu lassen und haben jetzt dem Premier eine Anzahl Forderungen auf dem Gebiete der Ausbeutung der staatlichen Wälder, der Regierungslieferungen, der Ausfuhrsteuer, der Umsatzsteuer, der Schiffsvergabes und der Eisenbahn- und der Kreditpolitik überreicht. Bei den Beratungen waren der Landwirtschaftsminister, der Eisenbahominister, der Minister für Handel und Industrie und der Präsident der Bank Polak zugegen. Die Minister erklärten den größten Teil der Forderungen für angängig und versprachen ihre sofortige nähere Erwägung. Zum Schlusse erklärte der Premierminister, daß er sämtliche von den Holzindustriellen gestellten Aufgaben großes Gewicht belege, und zwar aus dem Grunde, weil der Holzexport einen der größten Faktoren bei der Verbesserung unserer Handelsbilanz darstellt.

Zur Erklärung.

Die von uns veröffentlichte Verordnung über die Ermäßigung der gesetzlichen Zinsen ist von manchem dahin aufgelaufen, als handle es sich um die Festsetzung einer neuen Höchstgrenze für vereinbarte Zinsen im Bank- und sonstigen Geschäftsbereich. Wir weisen darauf hin, daß unter solchen Zinsen nur solche verstanden werden, die in einem Gesetz ohne Angabe der Höhe zuerkannt werden (zum Beispiel bei Bezug). Die veröffentlichte Verordnung regelt also nicht die Höhe der vereinbarten Zinsen. Die Höchstgrenze dieser Zinsen ist in der Zinsmühverordnung vom 14. November 1924 („Dtsch. Rundschau“ Nr. 2) bestimmt und nicht abgeändert worden.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeiter wird strengste Verschwiegenheit aufgezeigt.

Bromberg, 9. Februar.

Die Bezirksverwaltung des Fonds für Arbeitslose in Bromberg teilt uns mit, daß auf Verordnung des Arbeitsministers über die Neorganisation der staatlichen Arbeitsvermittlungsbüros in der Wojewodschaft Posen das Arbeitsvermittlungsbüro in Bromberg unterstellt ist. Im Zusammenhang mit dieser Umwandlung ist das bei dem genannten Vermittlungsbüro bestehende Arbeitsamt unterstellt und die Agenten sind dem Wirkungsbereich des Bezirksamtes für Arbeitslose in Bromberg zugestellt worden. Alle Anmeldungen von Arbeitslosen aus Schubin und Wirsitz haben sich bis zur Errichtung weiterer Exposituren beim Arbeitsvermittlungsbüro in Nakel, ul. Dworcowa Nr. 394, zu melden. Im Zusammenhang mit dieser Umgestaltung sind die Arbeitgeber der Stadt Nakel sowie aus den genannten Kreisen Schubin und Wirsitz verpflichtet, die Mitteilung über die Abhängigkeit des Arbeitslosenfonds, über die Einzahlungen auf das Postsparkassenkonto Nr. 9600, wie auch die Registrierungen nicht, wie bisher, an das Bezirksarbeitslosenamt in Nakel, sondern an die Bezirksverwaltung des Arbeitslosenunterstützungsfonds in Bromberg (Barzad Obwodowego Funduszu Bezrobocia w Bydgoszcz, ul. Duga Nr. 58) zu richten.

Eine partielle Mondfinsternis war für gestern abend in Aussicht gestellt und trat tatsächlich pünktlich ein. Sie begann abends 9 Uhr 9 Minuten und dauerte bis 12 Uhr 15 Minuten. Hier in Bromberg war sie, da der Himmel ganz klar war und blieb, sehr gut zu beobachten. Ganz langsam schob sich der Erdschatten vom unteren Rand beginnend, vor und zog langsam über die hell leuchtende Mondsscheibe, die zum Schlusse bis zu drei Viertel verbunkert war.

Vorzeitiges Öffnen der Eisenbahnwagen türen ist verboten. Es gibt in jedem Eisenbahnzug Reisende, die, am Ende des Reiseziels angelangt, nicht schnell genug das Abteil verlassen können, obwohl sie wissen, daß jeder Zug für das Ein- und Aussteigen den Aufenthalt dementsprechend bemessen hat. Deshalb hat auch die Eisenbahnverwaltung in jedem Abteil den Hinweis anbringen lassen, daß das Öffnen der Tür vor dem Halten des Zuges verboten ist. Fast täglich ereignen sich Unfälle durch die Nichtbeachtung dieses Verbotes. So sind in letzter Zeit beim Halten des Zuges Reisende aus dem Abteil gestürzt, bei anderen Unfällen handelt es sich darum, daß die geöffnete Tür durch den Rück des haltenden Zuges wieder zuschlug und Verletzungen an den Händen oder durch Zerrüttung der Glasscheibe solche im Gesicht erfolgten. Die Eisenbahnverwaltung geht daher mit aller Strenge gegen derart unvorsichtige Reisende vor. In den letzten Tagen wurde eine ganze Anzahl deshalb in Strafe genommen.

Schneefall ist über Nacht eingetreten, aber die weiße Blöße war an sich schon ziemlich dünn, und da das Thermometer morgens etwas über Null stand, so gab es schon in den Morgenstunden in den Straßen das bekannte schmelzende Schneemasser.

Beschlagnahmt wurden von der Polizei 15 Rentner Kartoffeln, die aus einem Diebstahl herrührten. Eigentumsansprüche sind beim Kommissariat III anzubringen.

Vor einem Schwindlers muß gewarnt werden. In den letzten Tagen sprach in verschiedenen Haushaltungen ein Mann vor mit dem Anerben, Regenschirm e zu reparieren. In einigen Fällen schenkte man ihm auch das Vertrauen, ihm ausbestellungsbedürftige Schirme zu übergeben; auf die Wiedergabe der instandgesetzten Schirme wird noch gewartet.

Raubüberfall. Am Sonnabend, 8 Uhr abends, wurde eine ältere Dame im Treppenflur des Hauses Tempelstraße (Grodzka) Nr. 24 von zwei Strolchen überfallen. Diese raubten ihr die Handtasche mit 80 zł Inhalt.

Gestohlen wurden am Sonnabend und Sonntag vier Betrunken und ein Bettler.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. a. Seit einiger Zeit vermischte man die Gastspiele der Danziger, die die Aufgabe übernommen hatten, uns mit schwierigeren, vornehmlich neuen Dramen bekannt zu machen. Ihr Ausbleiben hatte in erster Linie wirtschaftliche Ursachen. Bei der beschränkten Fassungskraft unseres Theatersgebäudes machen sich Ensemble-Gastspiele von dem Umfang, den wir bisher gewöhnt waren, nur bezüglich, wenn das Haus vollständig ausverkauft ist. Wenn nun die Bühnleitung das Danziger Ensemble für Donnerstag gleich mit zwei literarisch ebenso wertvollen wie interessanten Stücken verpflichtet hat, so ist sie es in der Amerikat, daß ein qualitativ wie quantitativ derart hochwertiger Kammerpielabend bei Publikum nicht nur ideell volle Wiedergabe findet. — In Danzig besteht Georg Kaisers dreitägiges „Rathskeller“. Der Brand im Opernhaus allein den Theatertag. Um bei uns auch dem alten kleinen Publikum entgegenzukommen, werden die Gäste noch ein Werk aus ihrem früheren Spielplan bieten: „Wibels von Scholz“ (Wunderwunder!). Der Dichter nennt das einzigartige Drama „Mirakelspiel“. Jedenfalls ist es nach Stoff und Form eine kleine Perle romantischer Poesie, und zur Mitterbliebung gewählt worden, um gegenüber dem Dichter, der kürzlich sein 50. Lebensjahr beendet hat, eine Ehrenschuld abzutragen. — Über beide Werke bringen wir in einer der nächsten Nummern noch ausführlichere Berichte.

* Inowrocław, 7. Februar. Der landwirtschaftliche Verein „Huf am Land“ hielt am letzten Mittwoch im Logesaal seine gut besuchte Februar-Sitzung ab, die vom Vorstand, Rittergutsbesitzer Hirsch-Domirzowicz geleitet wurde. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles behandelte Rittergutsbesitzer von Bemke-Orlomo landwirtschaftliche Zeitschriften. Seine Darlegungen waren um so bemerkenswerter, weil sie auf eigenen Erfahrungen eines polnischen Landwirts beruhten, dem die Eigenheiten des polnischen Bodens besonders gut vertraut sind. Es erwähnte sich darauf eine anregende Aussprache, in der auch andere Landwirte ihre Erfahrungen austauschten. — Gestern abend gegen 7 Uhr stürzte auf dem hiesigen Bahnhof ein Landwirt aus Luczno infolge übermäßigen Getrunkes von Alkohol so unglücklich zu Boden, daß er sich erhebliche Verletzungen zuzog und in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus übergeführt werden mußte.

* Posen (Posen), 7. Februar. Vor der hiesigen Strafammer spielte sich am Donnerstag und Freitag ein sensationeller Prozeß wegen großer Tabakabschaffungsgesetzes ab. Hauptangeklagter war der Kaufmann Franz Stadie von hier, der ehedem in der ul. Dąbrowskiego (fr. Große Berliner Str.) einen Zigaretten-Kiosk besaß und in der ul. 27 Grudnia 9 (fr. Berliner Str.) seine Privatwohnung hat. Die Anklage gegen ihn richtete sich wegen Vergehens gegen das Tabakmonopolgesetz durch Einschmuggeln deutscher Zigaretten, ferner wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und wegen Einbruchstiebstahl gegen einen Mitbewohner des Hauses. Neben ihm hatten sich sieben andere Angeklagte wegen Bandenkommunismus zu verantworten. Das Urteil des Gerichtshofs, das erst Freitag, spät gegen Mitternacht gefällt wurde, lautete gegen Stadie auf 100 000 zł, deren Entlastung durch die von ihm seit dem 26. Juni v. J. erlittene Untersuchungshaft als verübt erachtet wurde. Stadie wurde sofort in Freiheit gelegt. Im Laufe der Verhandlung wurde das Dienstmädchen Stadie, Marianna Kusawa, wegen Meinungsverschiedenheit in Untersuchungshaft genommen. — In der vergangenen Nacht versuchten unbekannte Gelehrte an einer in der Polnische (fr. Halbdorfstrasse) einen dort befindlichen Schrank zu öffnen, wurden aber anscheinend dabei gestört, ließen alles zum Aufbrechen nötige Werkzeug liegen und flohen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 8. Februar. Wie aus Paris noch hier gemeldet wird, fand gestern die Gerichtsverhandlung gegen die Schauspielerin von der Warschauer Oper Stanisława Uminská wegen Erziehung ihres Geliebten, des Literaten Ignazowski vor dem Geschworenengericht in Paris statt. Uminská war Anfang v. J. mit Ignazowski nach Paris gereist, der sich dort von verschiedenen Professoren wegen seines Leidens behandeln ließ. Nach zweimonatigem Aufenthalt erfuhr Ignazowski, daß sein Leiden unheilbar und daß ihm nur noch eine Lebensdauer von höchstens acht Tagen gegeben sei. Daraufhin flehte er seine Geliebte, die Uminská, auf die er großen Einfluß hatte, an, seinen Schmerzen ein Ende zu bereiten. Uminská konnte den Bitten nicht widerstehen und erschöpft ihn in einem Pariser Krankenhaus. Gleich darauf erfolgte ihre Festnahme. Nunmehr fand die von der polnischen und auch von der französischen Theaterwelt erwartete Gerichtsverhandlung gegen sie statt. Der Gerichtssaal war während der Verhandlung gedrängt voll. Die Uminská wurde von den Rechtsanwälten Rudenko und Henri Robert vertreten, die das traurige Leben der Angeklagten schilderten. Zum Schluß las der Verteidiger Robert ein Telegramm von den Mitgliedern der Warschauer Oper vor, die um Rückstift auf ihre unglückliche Kollegin batzen, darauf einen Brief der Mutter Ignazowskis an die Uminská, in dem ihr diese verzeiht und ihr den Segen erteilt. Nach fünf Minuten dauernder Beratung sprangen die Richter die Angeklagte frei. Ob Uminská, die sich in Warschau großer Erfolg erfreute, auf Bühne zurückkehren wird, bleibt dahingestellt. Die lange Untersuchungshaft hat sie sehr mitgenommen.

* Warschau (Warszawa), 6. Februar. Die traurige wirtschaftliche Lage der Geschäftswelt beleuchtet wohl am besten die Tatsache, daß in den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1924 in Warschau im ganzen 53 Konkurse anmeldet worden sind, und zwar sechs aus industriellen Kreisen, 28 aus Handelskreisen, sechs Aktiengesellschaften, vier Genossenschaften m. b. H. und 14 Kommanditgesellschaften.

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 7. Februar. Auf dem Danziger Kohlenmarkt erholt sich unweit der Passage auf dem Bürgersteig, in vorher Woche aufgestellt, eine drei Meter hohe Eisenfülle in grüner Farbe mit vier Edelkampanen am Kopfe, die den Namen „Dobi“ tragen und abends gleich einem Leuchtturm ihr Licht über die Straßen senden. Die Eisenfülle bildet den oberen Teil eines Benzinreservoirs, das in der Straße eingebaut ist und für Automobile den Betriebstoff liefert. Die Errichtung ist im Danziger Straßenbild noch neu, sie wird aber nicht vereinzelt bleiben, weil noch weitere ähnliche Säulen, wie in anderen Großstädten schon, auch hier zur Aufstellung kommen sollen.

Handels-Mundschau.

Ermäßigung des Bankdiskontes. Die „Bank Polska“ hat mit 1. Februar den Diskont auf 7%, Prozent v. Jahr herabgesetzt, wodurch auch für den Privatdiskont eine bedeutende Ermäßigung und somit eine Vermehrung der Spareinlagen bei der Privatbank sowie Privatkunden zu erwarten ist. Einige Privatbanken haben bereits den Diskont auf 15 Prozent im Jahresverhältnis herabgesetzt.

Der Bankrott einer der größten Industries Polens, „Lekslera“ (bei Olsztyn), die als eine der bestfundierten soll und deren Aktien sich zum größten Teil in den Händen der Familie Scheibler konzentrierten, hat im Lande großes Aufsehen erregt. Der Bankrott ist um so auffallender, als die Aktien vierfach die Börsen übersteigen. Als Ursache wird Zahlungsschwierigkeit wegen Bargeldmangels angegeben.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 7. Februar. Währ. Verkauf — Kauf. Belgien 26,00, 26,75%; 26,82%; London 24,83%, 24,00—24,77%; New York 5,18%, 5,20—5,17%; Paris 28,02, 28,08—27,95%; Prag 15,84%; 15,88—15,81%; Schweiz 100,15, 100,40—99,90%; Wien 7,30%; 7,32—7,29%; Italien 21,57, 21,62%; 21,51%; Berlin 123%.

Amelie Devisentur der Warschauer Börse vom 7. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 złoty 101,54 Gold, 102,06 Brief; Gold London 26,2075 Gold, 25,2075 Brief. — Telegr. Auszahlungen: Bützow 100 Franken 101,54 Gold, 102,06 Brief; Paris 100 Franken 28,35 Gold, 28,50 Brief; Warschau 100 złoty 101,04 Gold, 101,56 Brief.

Diskreter Börse vom 7. Februar. (Amtlich.) New York 5,18%, London 24,77%, Paris 27,92, Wien 7,30%; Prag 15,80, Italien 21,48%, Belgien 26,65, Holland 208%, Berlin 123%.

Die Bank Polak zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 zł, 1 Dollar,

Berliner Devisentur.

Für drahlöse Auszahlungen in Mark	In Reichsmark 7. Februar	In Reichsmark 6. Februar
Geld Brief	Geld Brief	Geld Brief
Buenos-Aires . 1. Bel.	1.674	1.678
Japan . . . 1. Den.	1.618	1.613
Konstantinopel 1 t. Pf.	2.215	2.235
London . . 1 Pf. Sil.	20,022	20,076
New York . . 1 Doll.	4,195	4,205
Rio de Janeiro 1 Mil.	0,474	0,476
Amsterdam . . 100 fl.	168,84	168,99
Brüssel Antw. 100 fl.	21,55	21,56
Christiansia . . 100 Kr.	63,94	64,10
Danzig . . 100 Gulden	79,525	79,725
Helsingfors 100 finn. M.	10,555	10,595
Italien . . 100 Lira	17,98	17,42
Jugoslavien . . 100 Dinar	6,765	6,785
Kopenhagen . . 100 Kr.	74,56	74,91
Lissabon . . 100 Escudo	19,98	19,98
Paris . . 100 Fr.	22,58	22,64
Prag . . 100 Kr.	12,37	12,41
Schweiz . . 100 Fr.	80,91	80,94
Sofia . . 100 Leva	3,055	3,065
Spanien . . 100 Pes.	59,83	59,93
Stockholm . . 100 Kr.	113,20	113,02
Budapest . . 100.000 Kr.	5,815	5,815
Bien . . 100.000 Kr.	5,907	5,907
Athen	7,09	7,11

Altienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 7. Februar. Für nom. 1000 M. in Börs. Wertpapiere und Obligationen: 4 Grosz. und 3½ Grosz. Pos. Prov.-Ölöl. (vor Kriegs.) 35,00—36,00. Grosz. Ölöl abzweige Biennale Arch. 7,70. Banknoten: Bank Handl. in Warszawie 1.—9. Em. 6,50. Konskreti i Skra 1.—8. Em. 4,50. Bank Przemysłowa 1.—2. Em. 5,00. Bank zw. Spółek Garb. 1.—11. Em. 10,00. Pozn. Bank Biemian 1.—5. Em. 3,25. — Fabrikationen: Arcona 1.—5. Em. 2,25. G. Cegielki 1. bis 9. Em. 0,75—0,80. Centrala Niemiecka 1.—7. Em. 0,65. Centrala Słot. 1.—5. Em. 2,00. Elektronika Idum 1.—8. Em. 50,00. Spółka Gospodarcza 1.—8. Em. 7,50—7,60. C. Hartwig 1.—7. Em. 1,55. Herold-Bilgoraj 1.—8. Em. 22—25. Batorya 20—24. Kartoffelkasse 5,00. Kartoffelklo 22—25—29,50. Roggenklei 21,25. Hafer (Umsatz 45 T.) Transaktionspreis 31,50. Serradella (neue) 14—16. blaue Lupinen 10,50—12,50, gelbe Lupinen 14—16, Klee, roter 160—230, schwedischer 100—130, gelber 50—65, weißer 200—250, ungeriebelter 20—27, Sirup lose 1,80—2, Sirup neptreit 8—10, Honig 4,60—5,60, Honig gepreßt 7,90—8,20. Die Preise für Erbsen, Lupinen und Klee blieben unverändert. Kartoffeln an den Grenzstationen und Befreiungsorten in ausgewählten Sorten über Notierungen. Tendenz: ruhig. Marktlage im allgemeinen unverändert.

Produktionsmarkt.

Amelie Notierungen der Posener Börsebörse vom 7. Februar. (Die Großhandelspreise vertheilen sich für 100 kg. bei sofortiger Waggonlieferung los. Verladestation in Klein.) Ohne Gemüse. Säde 54,50—58,50. Roggenmehl 1. Sorte (70proz. inlf. Säde) 45—47. Roggenmehl 2. Sorte (65proz. inlf. Säde) 50,50. Braunerde 26,50 bis 28,50. Felderben 22—25. Batoryaerben 20—24. Kartoffelkasse 5,00. Kartoffelklo 22—25—29,50. Roggenklei 21,25. Hafer (Umsatz 45 T.) Transaktionspreis 31,50. Serradella (neue) 14—16. blaue Lupinen 10,50—12,50, gelbe Lupinen 14—16, Klee, roter 160—230, schwedischer 100—130, gelber 50—65, weißer 200—250, ungeriebelter 20—27, Sirup lose 1,80—2, Sirup neptreit 8—10, Honig 4,60—5,60, Honig gepreßt 7,90—8,20. Die Preise für Erbsen, Lupinen und Klee blieben unverändert. Kartoffeln an den Grenzstationen und

Statt besonderer Anzeige!

Heute früh 4 Uhr verstarb nach langem schweren Leiden unser lieber Vater,
Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, der
frühere Gutsbesitzer

Friedrich Briggann

nach vollendetem 80. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Arthur Briggann und Frau Olga geb. Schmidt.

Gliwice (Grenzdorf), den 9. Februar 1925.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom
Trauerhaus aus statt.



Angebaut seit 1871

Gelbe Eckendorfer
Rote Eckendorfer
Weiße grünköpfige
Goldgelbe stumpfe
Riesen-Möhren.

Wiechmann
Dom. Radzyn
pow. Grudziadz (Pom.)

Därme

Schulz, 969
Dworecowa 18 d.



TEEKANNE

der Gehaltvolle,

DESHALB DER BILLIGSTE UND ZUGLEICH
DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH

Unser Hühneraugentollodium

ist seit gut 30 Jahren erprobte als wirksam
und preiswert.
Schwanen-Drogerie, Bromberg,
Danzigerstraße 5.

Die Monatsversammlung

des

Iondw. Vereins Koronowo

findet am Donnerstag, den 12. Februar 1925,
nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Jozef
in Koronowo statt.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder
2. Besprechung wichtiger Tagesfragen,
insbesondere Steuerfragen. Referent:
Bezirks-Geschäftsführer Steller-
Bydgoszcz
3. Vereinsangelegenheiten.

Der Unterzeichnete bittet um recht zahl-
reichen Besuch, um endlich dem Verein ein
gefügtes Ganzen zu geben.

Der Vorsitzende

Bormann.

Ruderclub „Frithjof“.

Zu der am 11. Februar, um 8½, Uhr
abends, stattfindenden

2. Mitgliederversammlung

liefert ergebnist ein

Der Vorstand.

Rege Beteiligung erwünscht.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Mitgliederbewegung.
2. Bericht über die Beteiligung am Ratten-
rudern.
3. Worttraining.
4. Geschäftliches.

2269

Wintervergnügen

bestehend aus musikalisch. Darbietungen,
Theater, Rezitationen, Declamationen
und anchl. Tanz statt, wozu wir hier-
durch ergebnist einladen.

Der Festausschuss.

Frischer Gamen

Deutsch-ev.
Frauenbund.
Die Mitglieder-
versammlung v. Bortrag
v. Herrn Sup. Ahmann
wird von Mittwoch,
d. 11. auf Mittwoch,
d. 18. d. Mts. 1213
verschoben.

Deutsche Bühne

Bydgoszcz T. 3.
Donnerstag, d. 12. Febr.
Anfang 8½ Uhr

Kammerspiel - Wend
(Jugendl. unt. 18 Jahr-
haben keinen Zutritt!)
Einmaliges Ensemble-
Gästspiel des
Danziger Stadttheaters

Neheit!

Herzwunder

Miratpiel von Wil-
helm von Scholz.
Darauf: Neheit!

Der Brand im Opernhaus

Ein Nachstück i. 3 Akts.
von Georg Kaiser.

Karten zu 1½ bis 5zt
ab heute in Juhnes
Buchhandl. Besuchern
von auswärts wird
möglichst umgehende,
schriftliche oder tele-
phonische Bestellung
(Nr. 422 oder 1640)

empfohlen.

Den Zehnerblock-
inhabern wird bis
Dienstag, 12 Uhr mitt.,
das Voraußrecht auf
ihre freien Plätze ein-
geräumt.



Techn. u. Bau-Messe v. 1. bis 11. März

Größte u. älteste Internationale Messe der Welt
für Einkäufer und Aussteller gleich wichtig.
Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt entgegen

OTTO MIX, POZNAN,

ul. Kantaka 6a. Telephon 2396.

Alfred Richter, techn. Büro

Bydgoszcz, ulica Gamma 8.

Ausführung elektr. Licht-, Kraft-,
Telefon- und Klingelanlagen
für Güter, Fabriken und Sägewerke

Reparaturen an Dynamos, Motoren, Auf-
zügen und allen elektr. Apparaten

Lieferung ab Lager aller Installations-
Materialien und Beleuchtungskörper
zu konkurrenzlosen Preisen.

1388

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Verlangen Sie

Öfferte!!

Obstbäume

Frucht- und

Beerensträucher

Zierbäume u.

Sträucher

Schling- und

Kletterpflanze

Hedera pflanze

Staudengewächse

und verschiedene an-

dere wertvolle Baum-

sträucher, allergrößte

Auswahl, jolide

Preise.

Jul. Rob.

Gartenbaubetrieb.

Sw. Trójcy 15.

Fernruf 48.

Deutsches Haus

Gdańska 134.

Von heute ab ist mein Lokal

wieder geöffnet.

Adalbert Behnke.

Bockbier Pilsner

vorzüglichster Güte,

in Fässern und Flaschen, empfiehlt

Browar Kunterszyn T.A.

Filja Pomorska 35. Tel. 115.



Ostpr. Hengst

„Helmadler“

deut. fremde Stuten

25.- zl.

Bigalle, Luclawice,

per Naflo.

2243

Ställe z. Ausleihen

nimmt an Brau,

Dworecowa 6. Hof. 1.

geräumt.

Berfauf

Fahrlarten, Messeausweise,
Messeabzeichen

zur
Leipziger Frühjahrsmesse 1925.
Sitzestelle Schneidemühl.

C. B. „Express“
Jagiellonka 46/47.

Tel. 665, 799, 800, 801.

Formulare

für

An-, Um- und

Ablmeldungen

zur Kranken-Kasse

sind wieder vorrätig.

A. Dittmann G.m.b.H.

Bydgoszcz, Jagiellonka 16.

Geldmarke

Sehr vorteilhafte Kapitalanlage.
Darlehen 2-3000 zl als Geschäfts-Anteile
gegen hohe Provision auf 9 Monate sucht
solventes Unternehmen. — Ges. Angebote
unter U. 1895 an die Geschäftsst. d. Z. erb.

1027

2179

2179

Die Verlobung unserer
Kusine Dorothea Strelow
mit Herrn Curt Hardtmann,
Danzig-Pelonten, geben wir
hiermit bekannt.

Hermann Groos
und Frau Lena geb. Groos.

Czerni (Pomorze),
Februar 1925.

Meine Verlobung mit
Fräulein Dorothea Strelow,
Tochter des verstorbenen
Brauereibesitzers Herrn Julius
Strelow, Bromberg, und seiner
gleichfalls verstorbenen Gattin
Grete geb. Schütt, habe ich die
Ehre, hiermit bekannt zu geben.

Curt Hardtmann.

Danzig-Pelonten,
Februar 1925.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Sonnabend, den 7. Februar, morgens 4¹/₂ Uhr,
entstießt nach langem Leiden unsere gute Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter u. Tante

Frau

Agathe Richter

geb. Pöschl

im Alter von 88 Jahren.

Die Hinterbliebenen.

Richtershof, Bromberg.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 10. Februar,
nachmittags 3¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des neuen
evangelischen Friedhofes in Bromberg aus statt.

Von Besiedelsbesuchen bitten wir freundlichst ab-

zusehen.

Am 7. 2. 25 verschied nach langem, schweren
Leiden unser alter Vorsitzender,

Herr Schornsteinfegermeister

Freise.

Er war ein reges Mitglied und ein guter
Kamerad. Wir werden ihm stets ein dankbares
Andenken bewahren.

Der Vorstand
des Handwerkervereins Bielostowice.

Zurückgekehrt

Sanitäts-Rat Dr. Dietz,
Danzigerstr. 123.

2265

Unserer lieben
Familie Basche
für die aufopfernde Tätigkeit in der
Frauenhilfe ein

1074

Bergelt's Gott.

Mehrere Mitglieder der
Christl. Frauenhilfe Obole-Wilcza.



Elektrische Kistenfabrik
J. Blumenthal & Co., Blockawel,
liefern fertig genagelte
Kisten u. Kistenteile

frei jeder Bahnhofstation, zu konkurrenzlosen
Preisen.

Trockene Ware!

Solide Arbeit!

1219

Ich empfehle mich für
sämtliche

Damen- und
Kindergarderob.

zu sehr billige Preisen.
Einige Schülerinnen
können sich noch melden.

Kraminska Meisterin
aus Königsberg,

Chwintow 5, pr., lts.

1209

Grundstücksgesellschaft.

Grundstücksgesellschaft.

Off. unter M. 1202

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Bilder jed. Art

werden schnell, sauber
und billig eingerafft

bei Kewella,
ul. Dworcowa 68.

Daßelbst große Aus-

wahl in fertig. Bildern.

1133

Glanzplättterei

Warszawska, Hof, I. Et.

75 Zloty

Belohnung!

In der Nacht zum

6. Febr. wurden mir

1 P. Aufzugschüre

gestohlen. Mitteilung

verboten, lin. Seiten-

ring zerbrochen. Für

die Wiederherstellung

zahl ich obige Belohn.

Fritz Schreiber,

Ciele, pow. Bydgoszcz

J. 1154 a. d. Gt. d. 3.

Heirat

Ehrenjahr!

Brüderpaar

24 u. 28 Jahre, evgl.

mit 50 Morgen großer

Gutshof, wünscht

Heirat bei gegenseitig.

Grundstücksgesellschaft.

Off. unter M. 1202

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Schleifer

poln. Staatsbürg., 35 J.

alt, Kaufm. im Mühl-

zach, sucht Partie zw.

Heirat u. Mithilfe.

an einem Mühlentau-

ff. unt. B. 2240 an

die Gescht. dief. Jtg.

1133

Glanzplättterei

Warszawska, Hof, I. Et.

75 Zloty

Belohnung!

In der Nacht zum

6. Febr. wurden mir

1 P. Aufzugschüre

gestohlen. Mitteilung

verboten, lin. Seiten-

ring zerbrochen. Für

die Wiederherstellung

zahl ich obige Belohn.

Fritz Schreiber,

Ciele, pow. Bydgoszcz

J. 1154 a. d. Gt. d. 3.

Stellengesuche

Erf., led. Rentmeister

sucht 1. 4. 25

Rechnungs-

beamtenstellung

auf Gütern. Poln. in

W. u. Sär. perf. Off. u.

1. 1216 an d. Gt. d. 3.

Total-Ausverkauf in Pelzkragen und -Kappen

zu jedem nur annehmbaren Preise. M. Kuhrké, Niedzwiedzia Bärenstraße 4.

Suche zum 1. 3. oder

später Stellung als

Beamter

eogl., 3 Jahre Praxis.

Helmut Wasilewski,

Krag, pow. Starogard.

Suche zum 1. April

für meinen Sohn nach

beendeter Lehrzeit auf

mittelgrossen Güte di-

rect unter Leitung des

Prinzipals Stellg. als

Landw. Beamter

bei vollem Familien-

anschluss.

Schlieter,

No woj. Jasieniec,

p. Sroc pow. Swiecie.

Gärtner

verh., erfahren in all.

Zweigen seines Berufs

u. Bienenzucht, sucht v.

1. 4. 25 Stellung. Off.

erb. Gustav Bandes,

Sudhorne, p. Zalesie.

Wer hat Arbeit

für einen Tischler in

Gutsbetriebserbeiten wie

z. Neuankunft?

Auskunft erteilt

Geschäft. Smidetz 4.

2253 M. Schne.

Försterjoh.

21 J. alt, evgl. lucht

Lehrstelle i. Förstlach

ohne gegenwärtige Ver-

gütigung. War mein

Vater 5 Jahre im

Förstlach behilflich.

Gefl. Zuschr. unter

D. 2266 a. d. Geschäfts.

dieser Zeitung erbeten.

Deutsch.

Oberinspektor

28 J. alt, beider Spr.

mächtig, in ungetünd.

Stellg., sucht v. 1. 3. 25

od. später Stellg. Selb-

ständig od. unter Zeitg.,

wo spätere Heirat zu-

lässtig ist. Gefl. Offert.

erbitet Oberinspektor

Franz Kleinschmidt,

Rittergut Obozin przy

Skarszowach. 2263

Kamelhaar-

Treibriemen

Elevator-

gurte

Schweizer

Seldengaze

TELEGR.ADR.ZIEGLER KOMPAGNIE

FERNRUF Nr. 24

FERD.ZIEGLER & CO

BYDGOSZCZ

Gegründet 1874

1888

Beschäftigung als

Schmiede-Geselle

sucht Richard Pawłowski,

Janacewo, pow.

szubinski.

Suche zum 1. April

Stellung als